

Neuß-Grevenbroicher Zeitung.

Erscheint täglich, mit Ausnahme der Sonn- und Festtage.
Preis pro Quartal: in Neuß in's Haus gebracht und auswärts an der Post abgeholt 1 Mark 75 Pf. = 17 1/2 Sgr.

Verantwortlicher Redacteur: F. M. Schmück in Neuß.
Druck und Verlag der Gesellschaft für Buchdruckerei zu Neuß, F. M. Schmück.
Expedition: Neuß, Markt A Nr. 91.

Inserate für die nächstfolgende Nummer werden bis 7 Uhr am Vorabend erbeten; Preis für die 5-spaltige Zeile oder deren Raum 15 Pf. = 1 1/2 Sgr.

M. Das Jahr 1875.

(Fortsetzung.)

Ein Hauptfaktor des öffentlichen Lebens ist die Presse. Leider hat sich die deutsche Presse immer mehr in eine Richtung hineingelegt, welche jedes Gefühl für Ehre und Achtung fremder Uebersetzung beraubt ist. Nur die katholischen und wenige fortschrittliche oder demokratische Blätter haben sich von der allgemeinen Bösartigkeit fern zu halten gewußt und achten auch in dem politischen Gegner die ehrliche Uebersetzung. Dagegen befindet sich jene Presse, welche sich den Titel „national“ anmaßt, guten Theils in den Händen der verkommensten Subjekte, die, religiös, sittlich und geistig ruiniert, auf nichts Anderes als auf Verwirrung und Umsturz spekulieren. Im besten Falle sind es unwissende Schwindler und hinverbrannte Köpfe, die aber durch ihre bodenlose, der Geschichte, der Natur, der gesunden Vernunft und jeder Erfahrung tragenden Unkenntnis nicht geringeren Schaden wie jene durch ihre Schlechtigkeit anrichten. Viele unserer deutschen Zeitungen sind in den Händen von Juden, deren Triebfeder ein grimmiger Haß gegen das Christenthum und alles Christliche ist. Am schändlichsten ist die Haltung jener Organe, welche unter dem Scheine der Unabhängigkeit die öffentliche Meinung unablässig verwirren und täuschen. Selbst an nationalen Ehrentagen, wie bei der Enthüllung des Hermanns-Denkmal im Teutoburger Walde, können sie es nicht unterlassen, ihre politischen Gegner als vaterlandslos zu verleumden. Diese feile Presse trägt die Hauptschuld an dem Sinken des Freiheitsgefühles, das einst in dem Volke so mächtig war.

Das ist in kurzen Umrissen das Gesamtbild, welches die innere Lage Deutschlands im verfloffenen Jahre wieder spiegelt. Es erübrigt noch, die wichtigsten Akte der Geschehnisse im Reiche und in den Bundesstaaten zu erwähnen. Wir berühren bereits das Reichsprivilegegesetz, welches mit dem 1. Januar 1876 in Kraft tritt und nicht nur die Form der Gesetzgebung regelt, sondern auch Bestimmungen über das materielle Geheiß trifft. Die Wirkungen dieses Gesetzes auf dem Gebiete der katholischen Kirche sind fast harmlos zu nennen gegenüber der zerstörenden Gewalt, als welche es auf die evangelische Kirche einwirkt.

Die finanziellen Interessen sind durch ein Reichsbankgesetz und durch verschiedene Nachträge zum Münzgesetz, die militärischen durch das Landsturmgesetz gefördert oder auch nicht gefördert worden. Besonders das letztere Gesetz ist von der unabhängigen Presse sehr ungünstig aufgenommen worden, weil es die militärischen Lasten erheblich vermehrt und aus den Vertheilungskolonnen der Befreiungskriege Material für aktive Truppen macht. Aber alle Bedenken mußten schwinden gegenüber den militärischen Bedürfnissen. Für die militärische Größe Deutschlands ist kein Opfer zu groß, für die Freiheitsrechte hingegen ist im neuen Deutschland ein unfruchtbarer Boden. Der Reichstag konnte sich nicht ermannen, nach dem Antrag des Abgeordneten Hoffmann den Artikel 31 der Reichsverfassung dafür abzuändern, daß auch die Verfassung an einem Reichstagsabgeordneten ohne Zustimmung des Reichstages nicht vollzogen werden kann. Bekanntlich war ein ähnlicher durch die Verfassung des Abgeordneten Majunke veranlaßter Antrag des nunmehr verstorbenen Abgeordneten von Hoberbed im vorigen Jahre angenommen worden. Das vom Bundesrathe gedrückte Mißfallen bewog die „liberale“ Volksvertretung zu schleunigem Rückzuge. Doch wir thun den liberalen Volksvertretern Unrecht, haben sie es doch gewagt, die reaktionären Paragraphen der Strafgesetznovelle, welche den Reichstag auch noch im kommenden Jahre und noch in weiteren Sitzungsperioden beschäftigen wird, rundweg abzulehnen. Die Politik war denn doch selbst den Liberalen zu stark, sie fühlten die seidene Schür schon am eigenen Halbe und schrien kräftig: Nein. Auch die neuen Steuervorlagen der Regierung (Brau- und Börsensteuer) mußten sie ablehnen, da ihnen der gänzliche Mangel eines Defizits gar zu deutlich vorgezeichnet wurde. Selbst militärischen Forderungen von einigen hunderttausend Mark haben sie den Gehorsam gemacht. Darum Ehre dem liberalen Muth! Dieser Muth war leider zuweilen schlafen gegangen: so waren sie gerne bereit zu finden, die Mängel des Invalidenfonds mit dem Mantel der Liebe zu bedecken.

Der leitende Bundesstaat Preußen hat sein Auge vor Allem auf die kirchlichen Angelegenheiten geworfen. So ordnete er die Vermögensangelegenheiten der katholischen Kirchengemeinden durch ein Gesetz, welches von den Katholiken anerkannt und vollzogen worden ist, vollzogen worden zum Verger der Liberalen, welche sich schon in Vertheilung gesetzt hatten, die Kirchengüter in Verwaltung zu nehmen. Ein weiteres Gesetz über die Einstellung der staatlichen Leistungen an Kirchendiener ist gleichfalls zur vollen Ausführung gekommen, aber in einem anderen Sinne als jenes. Die Geistlichen haben sich geweigert, den unbedingten Gehorsam gegen die Staatsgesetze zu geloben, um dadurch ihre Einkünfte wiederzuerlangen, und so ist ihnen der Prokof an die Spitze des Kirchthums gehängt worden; die Katholiken hielten ihn dort herunter: das ist der Erfolg des Prokofgesetzes. Das neue Klostergesetz räumt diese Stätten der Frömmigkeit und der Nächstenliebe allmählig weg,

nur die Krankenorden sollen von kaiserlicher Gnade abhängen und den Schulorden kann vom Kultusminister eine Frist von 4 Jahren gewährt werden, damit der Staat sich in den Schulen bequem einrichten kann. Die Verfassungsp Paragraphen, welche der Kirche die Freiheit garantirten, sind beseitigt worden, damit das Centrum nicht jeder neuen Vorlage den Vorwurf der Verfassungswidrigkeit machen könne. Dem Ultrakatholicismus hat man durch ein besonders Gesetz die Mitbenutzung des kirchlichen Vermögens unter bestimmten Voraussetzungen möglich gemacht, eine Sorge „pro nihilo“ für nichts, da es den altkath. Feldherrn nicht an Geld, wohl aber an Soldaten mangelt. Für die Entwicklung der politischen Selbstverwaltung ist durch verschiedene Gesetze, insbesondere durch Einführung eines Verwaltungsgerichtshofes und einer Provinzialordnung für die östlichen Provinzen allzu kärglich gesorgt worden. Herr v. Sybel, der endlich die Rheinlande glücklich verlassen hat, darf es sich anrechnen, daß die westlichen Provinzen von den „Wohlfahrten“ dieser neuen Gesetze einwillen ausgeschlossen sind. Mehr Beifall findet die Vormundschaftsordnung, welche mit dem 1. Januar 1876 in Kraft getreten ist. Auf dem Gebiete der Schule herrscht allzures, vielleicht sogar fieberhaft erregtes Leben. Die neuen Kreis Schulinspektoren wissen sich vor Freude nicht zu lassen und der Religionsunterricht wird immer mehr aus der Schule verbannt, an Stelle der Geistlichen werden systematisch die Lehrer gesetzt, neue Schulbücher sollen den neuen Geist verbreiten, die Mischung der confessionellen Benennung wird nach Möglichkeit befördert.

Wenden wir uns nun zu den übrigen deutschen Staaten. Die Bundesfürstenthümer haben auch im verfloffenen Jahre wenig von sich reden gemacht, man müßte denn den von Sachsen-Weimar im Bundesrathe gestellten Antrag auf Einführung direkter Reichsteuern und den Thronwechsel im Hause Lippe-Detmold zu den politischen Aktionen rechnen. Das letztgedachte Ereigniß weckt vielfach die Hoffnung, daß nun auch die lippschen Quadratmeilen von dem Konflikt zwischen Fürst und Volksvertretung befreit werden. In Mecklenburg dauern die Verfassungswirren fort, und die Forderung des Reichstages, daß jeder Bundesstaat eine Volksvertretung habe, wartet schon seit Jahren vergeblich auf Erfüllung. Alle diese kleinen Staaten beschränken ihre politische Thätigkeit im wesentlichen darauf, den preussischen Anträgen im Bundesrathe mit ihren Stimmen die nöthige Majorität zu verschaffen und die sich bisweilen regende Opposition der Südstaaten zu erdrücken.

Das Großherzogthum Baden kann füglich als einen preussischen Vorstaat betrachtet werden und folgt in allen wichtigen Fragen der Leitung des tonangebenden Staates. Doch läßt sich nicht verkennen, daß in weiteren Kreisen sich die Uebersetzung von der Verberücklichtung des herrschenden Systems Bahn bricht. Ein Anzeichen hierfür ist das erfreuliche Wachstum der katholischen Partei, welche nunmehr im Abgeordnetenhaus zu Karlsruhe über 13 Mann verfügt. Vermag diese schwache Minorität auch nicht, einen durchgreifenden Einfluß auszuüben, so kann sie doch als muthige Sprecherin des katholischen Volkes auftreten und thut dies mit Umsicht und Festigkeit. Die „altkatholische“ Bewegung, welche Baden als ihr bestes Land betrachtet, hat keine merkwürdigen Fortschritte gemacht und kann sich sicherlich bei ehrlieher Selbstprüfung des Gefühles nicht erheben, daß es für sie Abend wird. Wenn auch der erzbischöfliche Stuhl in Freiburg noch immer unbesetzt ist, so kann doch schon heute die Hoffnung, daß der sogenannte altkatholische Bischof Reinkens zur Zeit der Nachfolger des edlen Hermann von Vicari werde, als eine durchaus illusorische bezeichnet werden. Es ist ein bemerkenswerthes Zeichen der Zeit, daß gerade in den jüngsten Tagen das Gerücht von einer in der badischen Kirchenpolitik sich vorbereitenden Umkehrung kursirte und sogar zeitweiligen Glauben fand.

Auch die süddeutschen Königreiche haben keine großen Aktionen zu verzeichnen, die äußere Politik ist ihnen abgenommen und sie müssen ihre Lebensfähigkeit auf dem Gebiete des Schaffens nach Innen beweisen. Hier ist ihnen freilich manche Thätigkeit ersichert, weil jede Wahrung der berechtigten Interessen des Landes als eine reichsfeindliche Maßregel, jede Regung selbstständigen Lebens als ein Verath am Vaterlande von den „Nationalen“ verurtheilt wird.

Die vom preussischen Mittelpunkte des Reiches ausgegebene Parole soll nach „liberalen“ Begriffen unbedingt befolgt werden, selbst wenn das Bedürfnis zu Neuerungen vollständig fehlt. Die württembergische ist eine der wenigen Regierungen, welche Verständnis für das wahre Wohl des Volkes mit warmem Patriotismus vereinigen und bisher jeden kirchlichen Zwist von den Grenzen ihres Landes fern zu halten verstanden haben. Auch die sächsische Regierung verdient das Lob, daß sie die zügellose Confusionalität der Volksvertretung, so viel in ihren Kräften liegt, zu mäßigen sucht. Da der König dem katholischen, das Volk hingegen größtentheils dem evangelischen Bekenntnisse angehört, so ist die Stellung des Monarchen allerdings eine besonders schwierige.

Das bairische Königreich hat im verfloffenen Jahre mehr als sonst die Augen der ganzen politischen Welt auf sich gezogen. Als das Reich gegründet wurde, versprochen

die Liberalen dem bairischen Volke Verringerung der Militärlast und Erhaltung des kirchlichen Friedens. Beides ist nicht geschehen. Konnte sich Baiern auch von der direkten Einwirkung des Kulturkampfes frei halten, und ist auch der Ultrakatholicismus nicht zum weltgeschichtlichen Faktor geworden, so konnte sich doch das katholische Volk Baierns der mittelbaren Folgen des Kampfes gegen die Kirche nicht erwehren. Wie die Last des Militarismus stets wächst und namentlich den Süden drückt, darüber ist kein Wort weiter zu verlieren. Aber im Volke lernte man es immer deutlicher fühlen, und über den Liberalismus hat in den Reichstagswahlen vom 10. Januar 1874 das bairische Volk den Stab gebrochen. Es gingen 32 Ultramontane und 16 Liberale zur Vertretung des bairischen Volkes nach Berlin. In der bairischen Politik trat demungeachtet nicht der geringste Umschwung ein. Das Ministerium war keiner Partei recht, den Liberalen nicht, weil es keine Miene machte, den Kulturkampf nachzugeben, den Ultramontanen nicht, weil es die patriotischen Interessen nicht genugsam wahrte. Aber bei dem Gleichgewicht der Parteien in der Kammer hielten sich die Minister immer dichter in ihre Mäntel. Die neuen Wahlen im Sommer 1876 sollten die Entscheidung bringen; aber im Rathe zu München war es anders beschloffen: es wurde eine Wahlkreisenthaltung ausgezirkelt, wie die parlamentarische Geschichte sie noch nicht gesehen, und mit deren Hilfe geschah es, daß dieselbe Majorität des Volkes, welche 32 Abgeordnete nach Berlin gesandt hatte, in der neuen Kammer nur eine Majorität von 2 Stimmen erhielt. Ein einziger Wahlkreis — und das von dem Ministerium erstrebte Gleichgewicht wäre ein vollständiges gewesen. Die ultramontanen Abgeordneten beschloffen, sich ihrer formellen Majorität recht kräftig zu bedienen, und mit Recht, denn sie haben ja auch jene Mitbürger zu vertreten, welche die Wahlkreisgeometrie politisch todt gemacht. Eine in festem Tone gehaltene Adresse wurde unter lebhaftem Widerspruch des Ministeriums angenommen und dem Hof-Marschallante übermittelte. Die Antwort war eine im parlamentarischen Leben unerhörte; der König spendete den vom Volke verleugneten Ministern hohes Lob und verweigerte die Annahme der Adresse. Das Ministerium Luz war gerettet. Aber die patriotische Mehrheit besteht aus charakterfesten Männern, welche sich durch das königliche Mißfallen auch nicht eine Linie weit von ihren Prinzipien abbringen lassen. Hoffen wir, daß die in den nächsten Tagen wieder zusammentretende Kammer auch kein einziges Mitglied zählen wird, das die Zukunft als Verräther an einer großen und heiligen Sache brandmarkt. Die Majorität hat allen Grund, im Vertrauen auf die Zustimmung des Volkes mit frischer Zuversicht in die Zukunft zu schauen. Der Kultusminister Luz hingegen, die Seele des Ministeriums, kann dem neuen Jahr nur mit Sorgen entgegenblicken, hat er doch seinen politischen Prozeß gegen den Bischof von Regensburg mit Zinsen und Kosten verloren.

Fortf. folgt.

Deutschland.

Berlin, 6. Jan. Der „Völkencourier“ meldet: Der hiesige juristische Vertreter des Grafen Arnim, Rechtsanwalt Munkel, erhielt heute vom Kammergericht die Gesundheitsatteste des Grafen mit der Erklärung zurückgelandt, daß aus denselben nicht ersichtlich, daß die Strafvollstreckung durch den gegenwärtigen Gesundheitszustand behindert sei. Da Arnim sich außerhalb Deutschlands aufhält, sei seine Strafbefehl-Vollstreckung nunmehr bevorstehend.

Berlin, 7. Jan. Gerüchsweise verlautet, daß der italienische Gesandte Graf Lannay gestern seine in diesen Tagen erwarteten Creditiv als Botschafter am hiesigen Hofe erhalten hat und dieselben demnächst überreichen wird. Die Beglaubigungsschreiben des Herrn von Reubell als Botschafter in Rom werden natürlich erst nach erfolgter Genehmigung des betreffenden Staatspostens Seitens des Reichstages ausgestellt werden. Man erfährt übrigens, daß die italienische Regierung auch den übrigen Mächten ihre Bereitwilligkeit erklärt hat, falls es gewünscht wird, die Gesandtschaften an den entsprechenden Höfen zum Range von Botschaften zu erheben. Zunächst wird die österreichisch-ungarische Regierung diesem Vorschlage folgen und ihren Gesandten in Rom, Grafen Wimpffen, zum Botschafter ernennen, was sofort auch die Accreditation des Grafen Robilant zum italienischen Botschafter in Wien zur Folge haben wird.

Nach einer unterm 27. v. M. ergangenen Bekanntmachung des Finanzministers sind an Klassensteuer für das Jahr 1876 nur 2 Mark 90 Pfennige auf jede 3 M. der veranlagten Jahressteuer zu entrichten. Der Normalbetrag der Klassensteuer ist gesetzlich festgestellt auf 42,000,000 Mark. Aus dem Jahre 1875 sind noch im nächsten Jahre auszugleichen 724,364 Mark. Der durch Reclamationen und Recurse entstandene Ausfall gegen den Normalbetrag des Jahres 1875 ist festgestellt auf 688,949 M., zusammen also 43,413,303 M. Veranlagt sind für 1876 44,490,255 Mark, mithin mehr 1,076,952 Mark. Hiernach würden, um die berichtete Soll-Einnahme von 43,413,303 Mark zu erhalten, auf jede 3 Mark der veranlagten Jahressteuer zu entrichten sein 2 Mark 92 7/100 Pfennig; da aber nach gesetzlicher Vorschrift bei

Bestimmung der weniger zu entrichtenden Jahressteuer Beträge von 5 Pf. und darunter außer Betracht bleiben, so die Eingangs erwähnte Bestimmung.

Bei der neulichen Reichstags-Debatte über die Verlegung des Postgeheimnisses erklärte der Generalpostmeister Dr. Stephan bekanntlich, das Postarchiv enthalte nur einige ganz unbedeutende Verfügungen über diesen Gegenstand. Im Anschluß daran veröffentlicht nun Ludwig Walekrode in der „Wage“ folgendes Actenstück, welches beweist, daß der Generalpostmeister die betreffenden Urtheile nicht vollständig besitzt, oder nicht vollständig kennt: „Unter allen Maßregeln, die in der höheren Polizei Anwendung finden, ist die Controlye der Briefe ohne Zweifel die wichtigste. Sie gibt die meisten, die sichersten Resultate, und ihre Ausübung ist weder mit großen Kosten noch mit der Gefahr einer leichten Bekanntwerdung verbunden, wenn dabei nur mit einiger Vorsicht und Geschicklichkeit verfahren wird. Dieselbe verdient daher die höchste Aufmerksamkeit. Es ist mir nicht genau bekannt, ob und welcher Art Euer Hochwohlgeboren sich dieserhalb mit dem hiesigen Hof-Postamt begeben haben; ich gebe mir in- angenommene Verfahren zur eventuellen Berücksichtigung er- gebenst zu empfehlen. Das hiesige Hof-Postamt, welches die- Viste der in höherer politischer Hinsicht verdächtigen Subjecte mit der Anweisung erhalten hat, alle an sie und wo möglich auch die von ihnen kommenden Briefe zu öffnen und durch- zusehen, theilt mir posttäglich ein Verzeichniß aller geöffneten Briefe mit, wo außer der Adresse, dem Datum und Orte des Schreibens, auch wenn er genannt ist, der Name des Ver- fassers und der Inhalt kurz aufgenommen wird. Alle Briefe, deren Tendenz aus dem Inhalte nicht ganz deutlich zu ersehen, oder wirklich verdächtig ist, werden mir nach Umständen im Original oder abgeschrieben vorgelegt. Auf diese Weise er- halte ich Resultate und kann zugleich übersehen, wie viel von Seiten der Postbehörde, bei welcher, wie auch durch ein Haupt-Posttagen ein Officiant meines Bureau's zugeordnet wird, für den allgemeinen Zweck gethan wird. Ob Euer Hochwohlgeboren dieses Verfahren, wenn das ihrige davon abweicht, ganz oder zum Theil in Anwendung zu bringen rathsam finden? und wie sie es bisher mit der Controlye der Briefe gehalten haben? darüber bitte ich um bald gefällige Benachrichtigung. Berlin, den 14. Mai 1811. Aus Auf- trag Sr. Excellenz des Herrn Staatskanzlers. Gruner. An den königlichen Polizei-Präsidenten Herrn v. Stein, Hoch- wohlgeboren in Königsberg in Preußen.“

Ratibor. 7. Jan. In der „N.-S. Jtg.“ lesen wir: Be- kanntlich wird in den verwaisenen Pfarreien ein Laiengottes- dienst in der Weise abgehalten, daß ein Laie als Vorleser oder Vorbeter dabei die Zeitung übernimmt und auch wohl das betreffende Tagesevangelium den Versammelten vorliest. Gegen diese Art der Abhaltung des Gottesdienstes ist ein staatlicher Einspruch oder sonst ein staatliches Hinderniß nicht bekannt geworden, wenigstens brachte hierüber bis jetzt keine Zeitung eine Mittheilung. Anders war es in Oerich. In- dem dort hat ein Mann öfters das Sonntags-Evangelium vorgelesen, wurde deshalb denuncirt und zu 156 Mark ge- richtlich (in Ratibor) verurtheilt.

Münster. den 8. Jan. Das hiesige liberale Blatt lenkt in einer der letzten Nummern wieder ein Mal seinen Groll ge- gen den hochw. Herrn Bischof. Man erinnert sich dabei an die große Outbier'sche Aera. Es sind jetzt die durch das bischöfliche General-Vicariat empfohlenen Opfergänge zum Stein des Anstoßes geworden. Das officiöse Blatt hat in der hiesigen Pfarckirche eine Verordnung des Bischofs Brin- mann verlesen und meint dann weiter: „Wie es uns scheint, hat der Bischof Brinmann durch die gedachte Ver- ordnung einen Weg eingeschlagen, der es der Regierung zur Unabweisbaren Pflicht macht, dafür Sorge zu tragen, daß ihm der Erlaß ähnlicher Verordnungen abgehandelt werde. Es ist jetzt schon wegen des so lange schwebenden Absehung- verfahrens dahin gekommen, daß in ultramontanen Kreisen behauptet wird, die Regierung fürchte sich, die Absehung des Bischofs auszusprechen. Daß durch solche Verordnungen deren Ertrag dem Widerstand gegen die Staatsgesetze neue Nahrung gegeben werden soll, die Staatsgesetze auf's gröb- lichte verletzen und das Rechtsgefühl im Volke tief geschädigt wird, ist klar. Wir hoffen sehr, daß derartige Verordnungen der Staatsgesetze für immer ein Ende gemacht wird.“ Ge- wiß wäre es sehr lehrreich, die „Staatsgesetze“ zu erfahren, welche durch den Erlaß des General-Vicariats „auf's gröb- lichte verletzt“ sind. Vielleicht versteht das katholische Volk, dessen „Rechtsgefühl tief geschädigt“ sein soll, nur gegen eine unbekannt gebliebene Beschlußfassung der freien Verei- nigung, wonach die von dem Brodbröckelgesetz betroffenen Geis- tlichen dem Verhungern preisgegeben sind.

Paderborn. 6. Jan. In der Beilage zu Nr. 1 des Amtsblattes der Kgl. Regierung zu Minden figurirt unter den Stadtbriefen an erster Stelle der vom hiesigen Kreisge- richt gegen unseren hochwürdigsten Herrn Bischof Conrad erlassene jüngst mehrfach erwähnte und jedenfalls allen treuen Katholiken in's Herz schneidende; wir freuen uns indes mit dem hochwürdigsten Herrn, daß die Bezeichnung des Signa- lements, „Wohnort: Wesel“ nicht mehr zutrifft. — An diesen auf schlichte Personen wegen Bankrotts, verschiedener „Be- trügereien“, „schweren Diebstahls“ erlassenen sind! — Die Deutsche Landeszeitung warf neulich, bei Besprechung dieses Stadtbriefes die Frage auf, ob die tiefere Absicht bei solchen Briefen, den sonst doch immer noch so Etwas von Pranger- stellung begleitete, zur Ehre des Staats und der Humanität es für die Klasse der Schwindler und Betrüger, welche den Stadtbrief am meisten haßen, gut, wenn dieser seine Geschäftigkeit verliere, und für diesen Zweck erschienen Stadtbriefe, auf ehrliche Leute und Märtyrer angewandt, ganz besonders geeignet.

Oesterreich-Ungarn. Wien, 5. Jan. Im Interesse einer völligen Verständi- gung zwischen den beiden Theilen der Monarchie werden die

Einzelheiten der Verhandlungen geheim gehalten, und sollen dieselben erst nach den spätern, in Pesth oder in Wien zu erzielenden Endergebnissen zur öffentlichen Kenntniß gelangen. In Aussicht genommen und glaubt man vielfach den Umstand, daß dieselben nun länger fortgesetzt werden, als ein Reich- ansetzen zu dürfen, daß eine Ausgleichung beider Theile zu erwarten. Ungarischerseits wünscht man diese noch im Ja- nuar baldige klare Verständigung angesichts der orientalischen Verwicklungen auch von dem Wiener Cabinet als höchst wün- schenswerth betrachtet werden muß, ist einleuchtend. Daß dieselbe aber sobald eintreten werde, ist um so mehr in Frage gestellt, als nach der „Pesther Correspondenz“ das ungarische Ministerium seinen Standpunkt in keinem Falle aufgeben zu können glaubt. Heute hat wieder eine Konferenz stattgefun- den und bis 5 Uhr gedauert; nach derselben fand eine Be- rathung sämmtlicher ungarischer Minister statt. Die bisher- erzielten Resultate sollen zufriedenstellend sein. — Ein Buda- pesther Blatt, welches die unwahre Behauptung aufgestellt hatte, die Jesuiten suchten auf die Befestigung des erzbischöf- lichen Stuhles von Wien allen ihren Einfluß geltend zu machen, veröffentlicht jetzt ein Dementi seitens des Provinzials der österreich-ungarischen Ordensprovinz der Gesellschaft Jesu.

Belgien.

Brüssel. 7. Jan. Dem „Echo du Parlement“ wird von einem seiner Abonnenten aus Mons geschrieben: In Ihrem geschätzten Blatte vom 24. v. M. fragen Sie am Schluß eines Artikels, betreffend die massenhaften Ver- käufe von Waffen zu herabgesetzten Preisen: „Werden wir nicht erfahren, was diese allgemeine Bewaffnung bedeutet?“ Wenn ich mich in die gewöhnlichen Versammlungslokale der Arbeiter in der Umgegend von Mons und noch mehr von Charleroi begeben wollten, so würden Sie bald über den Zweck der gegenwärtig betriebenen Bewaffnung vollständig im Klaren sein. Die Käufer der jetzt in unseren Industrie- Hauptstädten so billig ausgetretenen Waffen und Kriegs-Mu- nition machen aus ihren Plänen durchaus kein Hehl. Ueber- seiter vollendet sein wird, die socialistischen Forderungen mit dem Waffengewalt durchgesetzt werden sollen. Jeder, der sich über den bei einem großen Theile der arbeitenden Klassen herr- schenden Geist Redenshaft gibt, ist wohl überzeugt, daß wir am Vorabend schrecklicher Konflikte stehen, deren Ausgang und Folgen Niemand vorhersehen kann. — Ein anderes Blatt schreibt: Seit Monaten schon verkauft man im ganzen Lande Gewehre zu Laufen; zuerst geschah das in den Provinzen Hennegau und Lüttich, jetzt erleben wir das auch in Flandern, wo Feuerwaffen zu wenigen Francs pro Stück wie die Semmel verkauft werden. Aber Gewehre ohne Pa- tronnen, das half zu nichts; es galt also auch, Munition zu beschaffen. Jetzt verkauft man auch schon Patronen, aller- liebste Metallpatronen mit Spitzkugeln, mit Messinghüllen, verkauft sie in kleinen Posten, fünfmalhunderttausend auf ein- mal; der erste Verkauf hat soeben in Antwerpen stattgehabt. Sollte nicht noch irgendwo in Europa ein Fabrikant von Drifinobomben und Dynamitpatronen zu haben sein? Diefem Industriellen würde sich gegenwärtig in unserem glücklichen Lande eine schöne Carriere eröffnen. Die Sache mag von ernst und wichtig genug, beachtet zu bleiben.

Brüssel. 7. Jan. Artillerie und Carabiniers sind nach Charleroi geschickt worden, um Arbeiter-Unruhen vorzubeugen.

Frankreich.

Paris. 7. Jan. Eine jüngst erschienene Broschüre des Dr. Becker erstattet Bericht über die rasche Ausdehnung der religiösen Genossenschaften in Frankreich, welche neuerdings noch durch den Zufluß zahlreicher Genossenschaften aus Span- nien, Italien und Deutschland beschleunigt werden. Vor 12 Jahren zählte man in Frankreich 419 religiöse Orden, dar- unter 58 für das männliche Geschlecht (mit 17,776 Angehö- rigen) und 361 für das weibliche Geschlecht (mit 90,343 Nonnen). Das macht also einen Gesamtbestand von etwa 108,000 Personen aus. Gegenwärtig wird derselbe auf min- destens 140,000 Personen zu schätzen sein. Die 419 Orden befigen 14,030 Anstalten im ganzen Lande vertheilt.

Italien.

Rom. 7. Jan. Der frühere Justiz-Minister Cardenas ist, laut Telegramm der „R. Jtg.“, zum Vize-König Spaniens ernannt worden.

Rom. 7. Jan. In ganz Italien ist eine Subscription eröffnet, behufs Errichtung eines Denkmals für den Märtyrer Garcia Moreno, den von Freimaurern ermordeten Präsidenten Ecuador's. Laut „Mittheilung“ des „Offervatore romano“ hat sich der hl. Vater hier b. mit 2000 Lire theilhaftig.

Spanien.

Der General Moriones ist seit seinem Eintreffen in San- tander dem Anschein nach ununterbrochen auf Inspektionen und Besichtigungen begriffen. Hauptächlich scheint es ihm darauf anzukommen, den militärischen Geist der Truppen, welche er vorgefunden, zu heben. Es bleibt aber höchst be- merkenswerth, daß diese starken und zum Theil noch erheblich verstärkten Besatzungen sich selbst bis jetzt nicht zu dem klei- nen Ausfall aufzuraffen vermochten. Die Bombardements seit ununterbrochen fort, ohne daß auch nur ein Versuch gemacht wurde, die carlistischen Batterien anzugreifen. Unter- tritt auf carlistisches Gebiet vor, und selbst die großpreche- riesten Officiere haben, wie es doch wohl sonst zu ge- rühmt pflegt, Nichts von dem Geiste der Truppen von deren Kampfeslust und bergleichen zu melden.

Barça. 31. Decbr. Der vielgerühmte Duc Decazes hat des Jahres noch eine Ueberraschung bereitet. In Bayonne wurde seit Monaten ein carlistisches Blatt in spanischer Sprache gedruckt, die „Cruzada“, die Kreuzfahrt. Der Re- dacteur d. s. e. b. Don Menalatte lebte auf carlistischem

Boden in Elizondo und schickte die Artikel zum Drucke von dort ein, denn der dauernde Aufenthalt in Bayonne war ihm nicht gestattet. Doch reiste er öfter dahin ab, um die Geschäfte des Blattes zu besorgen. Dieser Tage erschien nun der Befehl, ihn, sobald er wieder auf französischem Boden sich zeige, zu verhaften; außerdem wurde dem Drucker in Bayonne mit Concessionseziehung und anderen Polizei- plackereien gedroht, wenn er fortjähre, das Blatt herauszu- geben, und so mußte denn die „Cruzada“ sofort eingehen. Dies die Pressefreiheit, wie sie Decazes versteht.

England.

London. 6. Jan. In Bezug auf den Inhalt der jüng- sten Note Andrassy's erfährt die „Times“, dieselbe betreffe nur die insurgirten türkischen Provinzen und bedinge in keiner Weise eine Controlye der von der Pforte vorzunehmenden Reformen durch Vertreter der sechs Großmächte in Kon- stantinopel.

London. 6. Jan. Im verfloffenen Jahre hat die katho- lische Kirche Englands wiederum nicht unbedeutende Fort- schritte gemacht. Das ergibt man aus einem Vergleich des diesjährigen neuen mit dem vorigen „Catholic Directory“, welcher von Dr. Johnson, dem Secretär des Cardinals Man- ning, herausgegeben wird. Die Zahl der katholischen Kirchen und Capellen hat sich um 20, die der Priester um 52 ver- mehrt. An Klöstern und Ordenshäusern weist England und Wales nicht weniger als 215 auf. Wie viele Convertiten in die Kirche aufgenommen wurden, wird schon seit einer Reihe von Jahren nicht mehr mitgetheilt: die Zahl derselben be- ziffert sich aber in einzelnen Kirchen Londons allein auf circa 200 jährlich. Erstaunlich ist die Zahl der katholischen Erz- bischöfe und Bischöfe, welche das britische Reich, soweit der Scepter der Königin Victoria herrscht, zu den Seinigen rech- net: es hat 12 Erzbischöfe, 71 Bischöfe, 36 apostolische Vicariate und 7 apostolische Präfecturen. Unter den Pörs sind 38, unter den Baronen (Sir) 47, unter den Mitgliedern des Privy Councils des geheimen Rathes der Königin) 7, unter den Unterhaus-Mitgliedern 50 Katholiken. Eine Ver- mehrung der katholischen Mitglieder des Hauses der Lords steht abermals bevor, da der Premier Disraeli den als reichen und eifrigen Katholiken bekannten Sir Robert Gerard von der Königin zum Lord creiren läßt. Die „Times“ findet darin einen neuen Beweis dafür, daß Katholiken als solche keineswegs das Vertrauen der Souveränin entbehren. — Der Herzog von Norfolk hat seine Marktplätze in Sheffield an den Magistrat für die colossale Summe von 5,340,000 Mark verkauft, — ein kleines Stück seiner großen Besitzungen.

London. 7. Jan. Der bevorstehende Rücktritt des Ge- neral-Gouverneurs von Indien, Lord Northbrook, ist seit einigen Tagen Gegenstand allgemeiner Erörterung. Officiell wird berichtet, Lord Northbrook habe bereits gegen das Ende des Sommers um seine Entlassung gebeten, weil sein Befin- den ihm nicht gestatte, noch einen Sommer unter den bis- herigen schweren Arbeiten in Indien zuzubringen. Andererseits stellt man die Behauptung auf, nicht Gesundheitsrückichten sondern politische Verhältnisse seien der Grund des Rücktritts. Was die Amtsführung Lord Northbrook's anlangt, so muß sie als eine sehr adäquate bezeichnet werden, wenn sie auch nicht von sonderlichem Glanze umfrahrt war. Der gegen- wärtige General-Gouverneur gehört zu den thätigen, tüchtigen, aber anspruchslosen Verwaltungsbeamten, die in der Stille wacker zum Besten des gewaltigen Reiches zu wirken suchen. Zu seinem Nachfolger ist der jetzige Gesandte in Lissabon, Lord Lytton, ausersehen. Derselbe ist 44 Jahre alt, ein er- fahrener und gewandter Diplomat, der schon bei vielen Ge- sandtschaften des Continents thätig gewesen und sich durch manche Schriften ausgezeichnet hat. Selbst ein Blatt der Opposition, wie „Daily News“, glaubt, daß der Premier Dis- raeli in dieser Wahl den rechten Mann auserkoren habe.

London. 7. Jan. Laut heute hier eingegangenen Nach- richten aus Penang nehmen die Operationen der englischen Truppen gegen die Malagen in Beral ihren Fortgang. Nach einem am 4. d. Statt gegebenen Gefechte, wobei die Engländer unter General Kols 3 Töbte, darunter einen Major, verloren und 4 Verwundete hatten, sind die Truppen weiter vorge- rückt. Der Gouverneur der Niederelungen in der Straße von Malakka begibt sich zur Ordnung der Angelegenheiten der Colonie demnächst selbst an Ort und Stelle. Das an die Colonie gränzende Gebiet ist besetzt und die Bevölkerung ver- hält sich ruhig.

Türkei.

Nach einem Telegramm des „N. B. T.“ aus Konstanti- nopol vom 4. d. ordnete die Pforte die Ausrüstung sämt- licher Schiffe der Panzerflotte, zusammen 15 Panzerschiffe mit 116 Kanonen an. Ein großer Theil davon soll die Häfen des Schwarzen Meeres bewachen, ein anderer wird nach den albanischen Gewässern abgehen.

Wiewohl die letzten Nachrichten aus dem Insurgenten- lager glauben machen, daß der gelungene Verproviantirungs- zug des Rauf Pascha nach Duga und Niksic einzig und allein das Resultat einer unblutigen Ueberrumpfung der Insurgenten gewesen, so geht doch nachträglich aus den erst jetzt einlangenden Detailberichten hervor, daß der von den Türken erfolgreich ausgeführte Ueberfall bei Ristac den In- surgenten so wehe gethan, wie kein früherer, im Laufe der ganzen Aufstandscampagne von ihnen erlittener Unfall. Es stellt sich heraus, daß die Türken die zerstreuten Insurgen- tenabtheilungen einzeln zu überfallen und dieselben fürchtbar niederzuzumegeln vermochten. Innerhalb weniger Stunden nahezu jeden Widerstand aufgaben, weil sie keinen zu leisten vermochten, nicht weniger als 600 Mann an Töbten, da an- ter viele Unterführer, die Verwundeten nicht gerechnet. Die Türken erbeuteten nur an Gewehren, welche die fliehenden Insurgenten wegwurfen, gegen 800 Stück. Die Erbitterung wegen dieser fürchterlichen Schlappe war im Insurgenten- lager eine grenzenlose und drohte in eine Revolte gegen den diesmal so unglücklichen Anführer Pasovic auszuwachen, wenn er nicht zu rechter Zeit nach Cetinje berufen worden wäre. Es ist sehr wahrscheinlich, daß er für längere Zeit der Kriegsführung fern bleiben wird. An seiner Stelle soll ein montenegrinischer Serdar das Insurgentencommando über-

nommen l
Fremdenle
traut sein
gent eben
an Gelsen
Gönner

Rom.
in Paris,
Stelle Na
neuers vor
gumina, u
zum Genes

Neuchâ
Herrn Ob
ein sinnf
Sag laute
Königl. M
lichen die
richtes ent
lassen.“
terrichtes
den übrige

Gladi
Schreiner
gezeigt un
Kaffeehöl
tiefes Sch
triefen, st
flers, von
Haufe in
fort heraus
und der U
ihm, um r
legen muß
Unglücklic

— Ein
liche Spure
Stodwert
Schenkeler

Man se
ich darf
selbe hatte
Landgericht
auch von d
legten Klat
er sich inde
wieder aus
competent

Düster
man dem
Dperdicht
Inhalts en

Oberh
man der
Unfall zu
den Geleise
In der M
Arm und
zwar in für
desto wenig
rührung l
eignet hat

Esien.
Herrn Krup
die Feiertag
Vorladung
(Fest der h
tungsbeam
das Gefeg
hörde „Vor
schreiben Pa
„Amisverr
und Feiert
weisbare 9
1851.) In
dung zur G
stimmung d

Barm
Fabrit S.
1200 Mark
Fenster ein
Stodfarbe

Adin.
Aufforderung
Jahreswech
ist in einem
kurz gemess
verehrten G
reichen, aus
den treuer
katholischen
sinnigster V

Adin.
Nachricht an
Rheinprovin
ten“ die Jo
und St. M
des Jg.
die Einräu
und damit
dieser Pfar
zunächst näl

König.
hen Parr
des 8
tier nach d

Artikel zum Drucke von
enthalt in Bayonne war
öfter dahin ab, um die
n. Dieser Tage erschien
wieder auf französischem
rdem wurde dem Drucker
ng und anderen Polizei-
re, das Blatt herauszu-
zaba" sofort eingehen.
es versteht.

auf den Inhalt der jün-
Times", dieselbe betref-
eingen und bedinge in
er Fortie vorzunehm-
s Großmächte in Kon-

en Jahre hat die katha-
tische und bedeutende Fort-
aus einem Vergleich des
„Catholic Directory“,
des Cardinals Man-
der katholischen Kirchen
r Priester um 52 ver-
ern weist England und
die viele Convertiten in
schon seit einer Reihe
die Zahl derselben be-
ndons allein auf circa
der katholischen Erz-
ches Reich, soweit der
zu den Seinen red-
ümer, 36 apostolische
n. Unter den Pers
unter den Mitgliedern
des Königin 7,
atholiken. Eine Ver-
sches Hauses der Lords
Israel als reich
Robert Gerard von
Die Times“ findet
Katholiken als solch
ntin entbehren.“

lich in Sheffield
umme von 5,340,000
de großen Besitzungen.
de Rücktritt des Ge-
thobrook, ist seit
rörderung. Officiell
geits gegen das Ende
n, weil sein Befin-
ner unter den bis-
ringen. Andererseits
sundheitsrückfällen
und des Rücktritts.
anlangt, so muß
n, wenn sie auch
war. Der gegen-
thätigen, tüchtigen,
die in der Stille
zu wirken suchen.
ante in Disfalon,
Jahre alt, ein Ge-
en und sich durch
bist ein Blatt der
der Premier Dis-
sereoren habe.

gegangenen Nach-
en der englischen
n Fortgang. Nach
bei die Engländer
Major, verloren
en weiter vorge-
der Straße von
gelegentlich der
le. Das an die
Bevölkerung ver-

aus Konstanti-
skämpfung sämt-
15 Panzerfahr-
dabon soll die
n anderer wird

Insurgenten-
provinzantungs-
stische einzig und
rumpelung der
ch aus den erst
h der von den
Kastan den In-
im Laufe der
er Unfall. Es
den Insurgenten-
elben furchtbar
niger Stunden
ungen, welche
nen zu leisten
Tobten, da an-
gerechnet. Die
die stehenden
die Erbitterung
Insurgenten-
ste gegen den
zuwarteten, wenn
worden wäre.
angere Zeit der
Stelle soll ein
mando über-

nommen haben. Mit der Bildung und dem Commando der
Fremdenlegion soll der französische Capitän Barbicou be-
traut sein, welcher für seine Legion ein ansehnliches Contingent
ehemaliger französischer Soldaten und Unterstützung
an Geld, Munition und Waffen angeblich von Fremden und
Gönnern der Insurgenten in Frankreich erwartet.

Konstantinopel, 7. Jan. Der vormalige Volschaster
in Paris, Ali Pascha, Mitglied des Executivrates, ist an
Stelle Raouf Pascha's, der den Posten eines General-Gouver-
ners von Kreta erhielt, zum General-Gouverneur der Herz-
gowina, und der Gouverneur von Serajewo, Ibrahim Bey,
zum General-Gouverneur von Bosnien ernannt.

Rheinland-Westfalen.

Neuß, 9. Jan. Im Eingange der Ansprache unseres
Herrn Oberpfarrers in der Beilage zu Nr. 5 d. R. g. ist
ein sinnvoller Druckfehler stehen geblieben. Der erste
Satz lautet richtig folgendermaßen: „Durch Verfügung der
Königl. Regierung wurde zur Zeit den hiesigen Pfarrgeis-
tlichen die Erteilung des lehrplanmäßigen Religionsunter-
richtes entzogen, mir allein die Leitung desselben ge-
lassen.“ Bekanntlich ist das Ertheilen des Religionsun-
terrichtes in den Schulen dem Herrn Oberpfarrer ebenso, wie
den übrigen Pfarrgeistlichen verwehrt.

Gladbach, 4. Jan. Heute Morgen stand ein hiesiger
Schreinergeresse, der schon die ganze Nacht sich sehr unruhig
gezeigt und Anzeichen von Geistesstörung gegeben hatte, vom
Kassettisch auf, ging auf sein Zimmer und brachte sich eine
tiefe Schnittwunde am Hals bei. Ueber und über von Blut
triefend, stürzte der Unglückliche in die Wohnstube des Mei-
sters, von da sprang er, ehe man sich dessen versah, aus dem
Hause in ein nabegelegenes Wasser. Nachdem man ihn so-
fort herausgezogen hatte, wurde ärztliche Hilfe herbeigeholt,
und der Unglückliche zum Krankenhause gebracht, wo man
ihn, um weiteres Unglück zu verhindern, die Zwangsjacke an-
legen mußte. Es soll einige Hoffnung vorhanden sein, den
Unglücklichen am Leben zu erhalten.

Ein Mädchen, welches schon einige Monate bedenk-
liche Spuren von Trübsinn gezeigt, sprang aus dem ersten
Stockwerk seines elterlichen Hauses und erlitt eine schwere
Schenkelverletzung.

Ein schreib der D. R. g. aus Odenkirchen: Kürz-
lich starb hier der Friedensgerichts-Secretair Maes. Der-
selbe hatte sich in Köln, wo er lange Jahre Secretair am
Landgerichte war, den „Altatholiken“ angeschlossen und sich
auch von Herrn Langemann trauen lassen. Während seiner
letzten Krankheit, ungefähr eine Woche vor seinem Tode, hat
er sich indeß mit der katholischen Kirche, in der er geboren,
wieder ausgeöhnt und auch die kirchliche Trauung von dem
competenten Pfarrer nachträglich vornehmen lassen.

Dülken, 7. Jan. Am Mittwochnachmittag wurden, wie
man dem D. R. g. berichtet, von drei Vagabunden die
Opferstücke unserer Pfarrkirche gewaltsam erbrochen und ihres
Inhalts entleert. Die Kirchenräuber sind bereits verhaftet.

Oberhausen, 5. Jan. Leider haben wir, so schreibt
man der Rhein- und Ruhrztg., schon wieder von einem
Unfall zu berichten, welcher heute Abend gegen 8 Uhr auf
den Geleisen der Köln-Mindener Eisenbahn stattgefunden hat.
In der Nähe der Hochöfen wurde einem Blockwärter ein
Arm und ein Bein abgefahren; der Verunglückte erhielt
zwar in kürzester Frist Nothverbande angelegt, aber nichts
desto weniger läßt sich erwarten, daß er der schweren Ver-
wundung baldigst erliegen wird. Wie sich das Unglück er-
eignet hat, ist noch nicht ermittelt.

Essen, 7. Jan. Unsere städtische Behörde scheint sich
Herrn Krupp zum Muster nehmen zu wollen in Bezug auf
die Feiertagsarbeit, schreibt die Ess. Ztg. Es wurden uns
Vorladungen präsentiert, wonach die Geladenen aus gestern
(Feiertag der h. drei Könige), Nachmittags 3 Uhr im Verwal-
tungsbureau I erscheinen sollen. Wir möchten nun gerne
das Gesetz kennen lernen, nach welchem die Verwaltungsbe-
hörde „Vorladungen“ auf einen Sonn- oder Feiertag aus-
schreiben kann? Wohl kennen wir eine Bestimmung, wonach
„Amtsvertretungen der Verwaltungsbehörden“ an „Sonn-
und Feiertagen“ nicht stattfinden dürfen, soweit nicht unab-
weissbare Nothwendigkeit vorliegt. (Meist. vom 28. April
1851.) In dem vorliegenden Falle, wo es sich um Anmel-
dung zur Gebäudesteuer pro 1877 handelte, scheint diese Be-
stimmung doch wohl nicht Anwendung finden zu können.

Barmen, 7. Jan. In verfloßener Nacht sind aus der
Fabrik S. O. Grote fertige Ligen im Werthe von ungefähr
1200 Mark gestohlen worden. Die Diebe liefen durch ein
Fenster eingestiegen, nachdem sie vorher durch Locklöcher der
Stoßthüre eine Scheibe fortgenommen hatten.

Köln, 7. Jan. Die „Köln. Volksztg.“ schreibt: Unserer
Aufforderung, dem hochw. Herrn Erzbischof Paulus zum
Jahreswechsel die Glückwünsche der Erzdiocese darzubringen,
ist in einem Maße entsprochen worden, wie man es bei der
kurz gemessenen Zeit kaum erwarten durfte. Es muß dem
berehrten Oberhirten zu nicht geringer Genugthuung ge-
reichen, aus allen Städten und Orten von so vielen Tausen-
den treuer Diocesanen aus allen Ständen und Klassen der
katholischen Be-ferung in oft rührender und nicht selten
sinniger Weise begrüßt worden zu sein.

Köln, 8. n. Mit Bestimmtheit tritt in der Stadt die
Nachricht auf, reibt die R. g. der Ober-Präsident der
Rheinprovinz, be auf ein Gesetz der hiesigen „Altatholi-
ken“ die Zahl r Leuten in den Pfarreien St. Gercon
und St. Mari: in der Schnurgasse für „erheblich“ im Sinne
des sogen. Altatholiken-Gesetzes erklärt. Daraus würde
die Einräumung der Mitbenutzung der genannten Kirchen
und damit nach kirchlichem Recht die Exmiffion der Katholiken
dieser Pfarren folgen. Die Nachricht klingt so horrend, daß
zunächst nähere Mittheilungen abzuwarten seien werden.

Königswinter, 3. Jan. Wie in vielen rechtsrhein-
ischen Pfarren, so war auch hier im October v. J. von Sei-
ens des Fiscus ein Kirchenvorsteher ernannt worden. Weil
er nach dem früher geltenden Rechte dem Patrone die

Berechtigung, Kirchenvorsteher zu ernennen, nicht zustand, so
legte der Kirchenvorstand in einem schriftlichen Proteste an
den königlichen Landrath Verwahrung gegen jene Ernennung
eines Kirchenvorstehers ein. In den letzten Tagen nun ist
demselben der Bescheid zugegangen, „daß, da ein besonderer
Rechtsmittel nicht vorliege, auf Grund dessen dem Fiscus das
Recht zur Ernennung eines Kirchenvorstehers zustehe, die Noth-
wendigkeit eingetreten sei, die im October ausgefertigte Er-
nennung eines Kirchenvorstehers der Pfarrgemeinde Königs-
winter zurückzuziehen.“

Aachen, 7. Jan. Wie man der „D. R. g.“ schreibt,
werden von der Genossenschaft der Schwestern vom armen
Kinde Jesu heute die ersten zehn Schwestern ihren heimath-
lichen Boden verlassen, um jenseits des Canals, in England
woselbst man schon lange der Ankunft dieser im Fache der
Erziehung so ausgezeichneten Nonnen entgegen sah, ihre ge-
legene Arbeit fortzusetzen. Es muß einen jeden schmerzlich
berühren, wenn man bedenkt, daß in wenigen Monaten aller
Vorausicht nach die ganze Genossenschaft den heute Abreisenden
in's Ausland folgen wird. Wohl nehmen wir regen
Anteil an der traurigen Lage, in welcher sich die genannten
Schwestern befinden, und wissen wir recht gut, was es heißt,
aus den zur Uebergemüte bekannten Ursachen die Heimath zu
verlassen und in fremdem Lande einer ungewissen Zukunft
entgegenzusehen, aber mehr noch beklagen wir, daß die her-
lichen Früchte ihrer Wirkamkeit nun nicht mehr unserem
Waterlande zugewandt werden, vor Allem jedoch bedauern
wir die vielen armen Waisenkinder, die in den Schwestern
Unersehbare verlieren.

Trier, 5. Jan. Den Schulkindern der Pfarrei St.
Laurentius ist neulich verboten worden, während der Schul-
zeit bei der hl. Messe zu dienen. Nachdem in der Pfarrei
bekannt geworden, daß dem „gesperrten“ Pastor also auch die
Mehdiener „gesperrt“ seien, erschienen bereits Tags darauf,
am Feste des ewigen Gedektes, sechzehn junge Leute, die im
Auftrage ihrer Eltern sich als Altardiener anboten und im
Hochamte, in der Vesper und in der letzten Stunde in voller
Anzahl zur größten Freude und Erbauung der aus der gan-
zen Stadt versammelten Andächtigen, in ausgereicher Fal-
tung und Ordnung ihres Amtes walteten. Die große An-
zahl Altardiener und die ausgezeichnete Ausführung ihres
Dienstes trug ungemein viel zur Erhöhung der Festlichkeit
bei und erinnerte an die erhebenden Feierlichkeiten in der
Kathedrale.

Bochum, 7. Jan. Die gestern abgehaltene katholische
Volksversammlung war sehr zahlreich besucht und wurde die
Anzahl der Anwesenden auf weit über 3000 geschätzt. Es
sprach Herr Fuchs aus Köln über die Schulfrage, Freiherr
Felix von Los über den Mainzer Katholikerverein und Herr
Kade aus Mainz ebenfalls über die Schulfrage. Es wurde
beschlossen, sich der Münster'schen Petition anzuschließen.

Freitrop, 5. Januar. In der Nacht von Montag auf
Dienstag dieser Woche hat am Hause des Bäckermeyers und
Binkeliens Franz Lohmann hierseits ein Einbruch mit Dieb-
stahl stattgefunden. Das Haus hat nach der hinteren Seite
hin einen neuen Anbau erhalten und hatten die noblen
Jäger nach fremdem Gut diesen sich ausserkoren, um durch
ihn, wenn möglich, in das Innere des Hauses, am liebsten
in den gespickten Ladenraum zu gelangen und da nach Herzge-
lust einzuhelmten. Die Einbrecher nahmen eine Röllschicht
Steine, welche die Fensterbank bildete, fort und brachen unter
dem Fenster ein Loch durch die Mauer und kamen so hinein.
Da die Thüren zum Laden zc. verschlossen waren, mußten die
nächtlichen Arbeiter mit dem Vorlieb nehmen, was sich gerade
in dem Zimmer vorfand und so fand dann der erste
Hausvater nebst Familie am andern Morgen die Stube von
diversen Röden, Hosen, Westen, Stiefeln zc. proper gesäubert,
so daß der Besuch gegen 100 Mark gekostet hat.

Niedermarsberg, 1. Januar. Bei dem Opfergange,
welcher heute früh gehalten wurde, war die Betheiligung
eine recht erhebliche. Derselbe lieferte die schöne Summe von
402 Mark.

Breda, 4. Jan. Von hier schreibt man der „W. Ztg.“:
In der vorigen Woche hat ein Bürger des benachbarten
holländischen Grenzstädtchen Oronso einen bedeutenden Fund
gemacht. Derselbe hatte in der Nähe der Stadt eine Wand-
bede neben seinem Acker, welche er abgraben wollte. Bei
der Gelegenheit fand derselbe ein kupfernes Gefäß mit 193
Goldstücken und 4 irdene Gefäße, welche Silbergeld enthielten,
im Ganzen ungefähr 500 Stüd. Die Münzen sind sämt-
lich aus dem 17. Jahrhundert. So wurde uns hier eins
von den gefundenen Goldstücken gezeigt. Dasselbe ist von der
Größe eines Thalers, nur nicht so dick, hat eine sehr feine
Präge, trägt das Porträt und den Namen Philipps des
dritten von Spanien mit der Jahreszahl 1641. Dasselbe
hat einen Goldwerth von 25 holländischen Gulden. Es sollen
aber auch Goldstücke dabei sein, die doppelt so groß und also
auch doppelt so viel werth sind. Unter den Silbermünzen
sind einige mit dem Bildnisse des hl. Paulus, dem Patron
des Bisthums Münster, andere mit den Bildnissen der hl. 3
Könige, der Schutzheiligen der Erzdiocese Köln. Im Ganzen
soll der gefundene Schatz einen Werth von 13,000 Gulden
haben.

Vermischtes.

— Nachdem an manchen Orten die Kriegervereine als
wirksames und zuweilen auch als williges Agitationsmittel
zu Parteizwecken von den Kulturkämpfern benützt sind, will
es mit ihnen nicht mehr recht vorwärts. Die Krieger, welche
der Meinung sind, daß Waterlandsliebe sich mit ecktem und
wahrem Katholizismus wohl vertrage, beginnen sich zu rühren.
Nach dem Vorgange von Coblenz hat sich nun auch in Bonn
ein „Kameradschaftlicher Verein“ gegründet, der vorzugsweise
aus früheren Mitgliedern des Kriegervereins besteht. So
ist's Recht. Es ist das die richtige Antwort auf die Bestre-
bungen derjenigen, welche die Kriegervereine zu gewissen
Zwecken mißbrauchen wollen. Man bemerkt die Abicht und
wird verstimmt.

— Auf sämtlichen deutschen Eisenbahnen tritt auf Ver-

anlassung des Reichs-Eisenbahnministers mit dem Jahre 1878
eine neue Signal-Ordnung in Kraft, welcher in den Kreisen
der Eisenbahnbeamten, namentlich des Locomotiv-Personals,
mit einem gewissen Bangen entgegengesehen wird. Auf
Grund Jahre lang gemachter Erfahrungen ist man in den
höheren Beamtentreisen zu der Annahme gelangt, daß sich
die optischen Streckensignale sehr wohl entbehren lassen, da
es nur in ganz ausnahmsweisen Fällen vorgekommen ist,
daß Hüge auf der freien Strecke haben zum Halten gebracht
werden müssen. Es werden deshalb mit Beginn des neuen
Jahres sämtliche Strecken-Telegraphen, deren Erhaltung
imenfe Summen verschlungen hat, beseitigt, und ist fürder
der Locomotivführer eines Zuges nur darauf angewiesen,
auf das vom Bahnwärter zu gebende Handsignal zu achten.
Dasselbe besteht bei Tageslicht darin, daß bei freier Fahrt
der Bahnwärter eine zusammengerollte Fahne in die Höhe
hält, bei Langsamfahnen die Fahne aufgerollt vor sich hin-
streckt und beim Halten dieselbe mehrmals im Kreise herum-
schwenkt. Beim Finsterwerden soll die Handlaterne des Bahn-
wärters das fehlende optische Signal ersetzen. Hellstrahlen
des Licht bedeutet freie Fahrt, die grüne Scheibe Langsam-
fahren und die rothe Halten. Bisher vermochte der Loco-
motivführer, dem ja außer der Beobachtung der Signale auch
die Bedienung seiner Maschine obliegt, schon von großer
Ferne zu erkennen, auf welche Strecke hin er freie Fahrt
hatte, und er konnte während dieser Zeit die Maschine con-
trolliren, jezt wird er fortwährend nach dem pöthlich hier und
da auftauchenden Bahnwärter ausschauen müssen.

Ein in Berlin ansässiger, reicher Deutsch-Amerikaner
soll laut den hiesigen Blättern unserer Criminalpolizei fol-
gende Mittheilungen gemacht haben. Im Jahre 1870 kurz
nach Ausbruch des deutsch-französischen Krieges befand er sich
in New-York in dem Bureau eines Schiffsmalers, wo ihm
ein Herr vorgestellt wurde, dessen Name jedoch nicht Thomas
war, und der ebenfalls Capitain der Old-Dominion gewesen
sein will. Der betreffende Herr erzählte, daß er eine Erfin-
dung, deren Zweck und Wirkamkeit mit jener der Thomas-
schen Hölleuhr harmonirte, der preussischen Regierung zum
Kauf angeboten habe, welche dieselbe gegen die Handelsmarine
Frankreichs hätte anwenden können. Die Regierung Preussens
jedoch hat dieses Anerbieten abgelehnt und ein Gleiches scheint
von Seiten Frankreichs, an das der Betreffende erklärte sich
gleichfalls gewendet zu haben, geschehen zu sein. Die genaue
Personalbeschreibung des Mannes, soweit er sich desselben
erinnert, hat der Informirende der hiesigen Polizei bereits
vor mehr als zehn Tagen gegeben. Eine Bestätigung hat
seine Angabe in der gestern gebrachten Nachricht gefunden,
daß der Kriegsminister eine solche Maschine seinen Collegen
im Ministerrathe gezeigt habe, die sich im Besitze der Ar-
tillerieprüfungscommission befindet. Daß es sich hier um
dieselbe Erfindung handelt, welche jener Herr in New-York
erwähnte, unterliegt wohl keinem Zweifel. Vermuthlich ist
dies dieselbe Complice, auf welchen in Wien gefahndet wird,
und der angeblich Mikel (Michael?) heißen soll. Hängt diese
Kiste in der That mit der Thomas'schen Erfindung zusammen,
wie es allen Anschein hat, so steht fest, daß Thomas die Er-
findung ursprünglich nicht machte, um sie auf so teuflische
Weise, wie es geschehen, auszunutzen, sondern daß er auf den
bestialischen Plan erst kam, nachdem die Versuche, sie ander-
weitig zu verwerthen, mißglückt waren. Ueber die obener-
wähnte, im Ministerrathe zur Ansicht gelangte Maschine wird
einem Wiener Blatt von hier mitgetheilt: Es ist ein Kistchen
von etwa einem Fuß Länge und einem halben Fuß Breite.
Der Innenraum ist durch eine Scheidewand in zwei ungleiche
Theile getrennt, wovon der kleinere zur Aufnahme des Dy-
namits bestimmt ist. In der größeren Abtheilung ist ein
Uhrwerk angebracht, welches nach Ablauf eine Nadel in Be-
wegung setzt und durch eine in der Scheidewand befindliche
runde Oeffnung in den auf der anderen Seite befindlichen
explosiven Gegenstand hineinstößt. Begreiflicherweise machte
diese Demonstration unter den Ministern große Sensation.

Breslau, 5. Jan. Eine Anzahl protestantischer Damen
hat einen „Sonntags-Verein“ gegründet, um, wie der Auf-
ruf besagt, in einer Zeit, wo „vielleicht bald ein religionsloses,
wirkliches Heidenvolk inmitten unseres christlichen Vaterlandes
sich befinden wird“, dem im Aufzuge begriffenen Heidentum
entgegentreten und das Christenthum zu retten. Nach dem
Statuten dieses Vereines verpflichten sich die Mitglieder: 1.
am Samstag Abend keine Bälle mehr zu geben, noch zu be-
suchen; 2. am Sonntag so regelmäßig als möglich in die
Kirche zu gehen und die Untergebenen dazu anzuhalten und
ihnen dazu beihilflich zu sein; 3. am Sonntage alle verschie-
baren Besuche bei Nachbarn und Freunden, soviel als mög-
lich alle sogenannten Gesellschaften zc. zu vermeiden, weil,
wenn Besuch und Gesellschaften auch kein direktes Unrecht
sind, doch mindestens für die Dienstboten jener besuchten
Häuser die Sonntagsruhe gestört und den unter ihnen Ste-
henden Grund zu allerlei Entschuldigungen gegeben würde,
für welche man vor Gott verantwortlich wäre.

Baun, 3. Jan. Als Beitrag zur Verwilderung un-
serer Zeit druden wir aus der „D. R. g.“ folgende Nachricht
ab: Vor den Schranken des Geschworenengerichts erschien
am 18. v. M. ein bisher allgemein geachteter, in den glück-
lichsten Verhältnissen lebender Mann, der Gutsbesitzer und
Gemeinde-Älteste Michael Böhmert aus Rodan, Vater von
drei Kindern, dessen zum Glück ohne Erfolg gebliebene ver-
brecherische That getadelt und unbegreiflich ist. Am 13. Novbr.
v. J., nachdem Böhmert an diesem Tage in Baun gewesen
war, unterhielt er sich am späten Nachmittag in der Eisen-
bahnrestauration zu Seifersheim mit dem Bahnmeister und
mehreren Gutsbesitzern über die Entgleisung eines Personen-
zuges, die vor einiger Zeit auf der Franz-Josefsbahn statt-
gefunden und unsägliches Unglück zur Folge gehabt hat.
Auf die Neußerung eines bei der Unterhaltung Betheiligten,
daß, wenn man einen Freier erwische, welcher das Eisen-
bahngeleise beschädige, man ihn nicht, wie Einer vorschlug,
gleich auf der Stelle tödten, sondern, um ihn seinen Gewissens-
bissen zu entziehen, der Behörde übergeben müsse, bemerkte
Böhmert mit lächelnder Miene: „Ja, er muß sich aber erweisen
lassen“, und entfernte sich alsbald. Ihm folgten zwei

